

kann nicht zur Begründung einer revolutionären, detailistischen Taktik dienen. Die Lehre Lenins über die nationalen Kriege und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen kann im besten Falle eine Rechtfertigung des verschleierten Sozialpatriotismus vom Schlage der Kautsky, Marrow, Trotzki usw. sein, der weder für den Sieg, noch für die Niederlage ist; sondern für „Anhalten bis zum Ende des Krieges“.

Wenn Lenin dennoch während des Krieges einen zweifelhaften Kampf gegen den Sozialpatriotismus geführt hätte, so ging er nicht konsequent weiter von seiner „eigenen“ Lehre, noch von einer anderen aus. Und deshalb trug sein Kampf mehr oder weniger den Charakter eines wildgewordenen kleinbürgerlichen Demokraten.

Bucharin und Osten lehnen als eine Verleumdung des Leninismus die Behauptung ab, daß sein Verhältnis zu den nationalen Verteidigungskriegen zum Sozialpatriotismus führt. Sie leugnen, daß die Unterstützung der deutschen Bourgeoisie während des Ruhrkrieges seitens der SPD, KPD, Burgfrieden war.

„Bedeutet denn das so viel, fragt M. Osten, daß die deutschen Kommunisten 1923 im Falle eines Krieges gegen die Entente den Burgfrieden mit ihrer Bourgeoisie hätten abschließen müssen, daß die Kommunisten ihre eigene Bourgeoisie gegen die Entente hätte unterstützen müssen?“ (Osten stellt die Frage so, als wenn der Ruhrkrieg kein Krieg wäre und als wenn es sich nicht um die Unterstützung gehandelt hätte, die die KPD, damals der Bourgeoisie geleistet hat.)

Und er antwortet: „Frage keinen Umständer! Würde Genosse Weber instande sein, im Referat des Gen. Bucharin oder in den Beschlüssen des Ekki auch nur eine Andeutung auf die Zulässigkeit eines Blocks der Kommunisten mit der Bourgeoisie in einem nationalen Verteidigungskrieg zu finden, dann hätte er das Recht, dem Gen. Bucharin und der Komintern „Nationalbolschewismus“ vorzuwerfen.“

Unmittelbar vormher schreibt er Osten: „Hätten die deutschen Kommunisten 1923 sich gegen die Parole des Krieges wenden können, wenn die nationale Verteidigungskrieg ausgebrochen wäre? Hätten die deutschen Kommunisten in diesem Krieg eine detailistische Haltung einnehmen müssen? O nein! Diese Taktik, die absolut richtig ist in jedem imperialistischen Krieg.“

„Bedeutet dies etwa, daß die Kommunisten 1923 im Falle eines Krieges gegen die Entente weder sich bedingungslos gegen den Krieg aussprechen, noch eine detailistische Linie beziehen müssen und dürfen. Unter gewissen Umständen hätten die Kommunisten 1923 für einen Krieg Deutschlands gegen die Imperialisten der Entente sein müssen.“

Ist aber die Ablehnung des Detailismus nicht schon eine Unterstützung der Bourgeoisie? Nur ein kompletter Idiot oder unverbesserlicher Ökonome kann leugnen, daß der Verzicht auf den Detailismus ein verschleierter Burgfrieden ist.

Nicht weniger demagogisch ist auch das Leugnen Bucharins, daß die Verteidigung unter der Herrschaft der Bourgeoisie, Burgfrieden bedeutet. Er stellt die Frage der Zulässigkeit der Vaterlandsverteidigung vor der Machtergreifung durch das Proletariat stellt und eine positive Antwort gibt, stellt Bucharin die Frage: „Bedeutet das etwa, daß die Kommunisten die Frage der Vaterlandsverteidigung von der Frage der Machtergreifung trennen dürfen?“ Und er antwortet: „Sicherlich nicht! Für die Kommunisten ist auch hier die Frage der Vaterlandsverteidigung der Frage der Machtergreifung untergeordnet.“

Bucharin stellt weiter die Frage: „Bedeutet dies etwa ferner, daß die Kommunisten einen Block mit der Bourgeoisie schließen müssen und dgl.“ Und beantwortet sie wieder demagogisch: „Durchaus nicht... Ein Block kann eben im gegebenen Fall mit einer Bourgeoisie geschlossen werden, wenn es sich um einen Kampf gegen die Bourgeoisie, die sich noch an der Macht befindet; ein solcher Block wäre ein Verbrechen gegen die Arbeiterklasse. Ich habe freilich in meinem Referat darüber nicht gesprochen.“

Das ein Block zwischen den Kommunisten und ihrer Bourgeoisie einen „Verzicht auf den Klassenkampf“ gegen die Arbeiterklasse bedeutet — das sind goldene Worte. Ist es aber nicht eine Demagogie, wenn Bucharin sich auf sein Referat von dem 7. Erweiterungs Kongress beruft, um zu beweisen, daß er gegen einen Block mit der Bourgeoisie ist? Bekanntlich hat Bucharin auf dem 4. Kongress der 3. Internationale selbst die bolschewistische Entwicklung, daß Rußland, d. h. die Bolschewiki, das Haupt der 3. Internationale, Bündnisse mit einem kapitalistischen Lande gegen andere schließen können und daß die Kommunisten des verbundenen Landes diesen Block unterstützen müssen. In demselben Artikel aber, nachdem Bucharin das leugnet, schreibt er:

„Solange die bürgerliche Regierung nicht gestürzt ist, solange sie einen Krieg führt, der von uns nicht abgelehnt wird, ist objektiv eine Parallellität von Handlungen vorhanden (sowohl die Arbeiterklasse, wie auch die Bourgeoisie kämpfen gegen den imperialistischen Krieg).“

Bedeutet das aber etwas anderes, als einen Block mit der Bourgeoisie? Bucharin versucht das zu verschleiern, indem er den „Block“ als „Parallellität der Handlungen“ bezeichnet. Die Parallellität von Handlungen ist den revolutionären Kämpfern bekannt, sie ist die Parallellität von Handlungen, die die Bourgeoisie betreiben kann. Die Deutsche Sozialdemokratie, die die Außenpolitik der Bourgeoisie, geführt von Stresemann, unterstützt, versucht das zu verschleiern, indem sie das ähnlich wie Bucharin, als eine „Parallellität von Handlungen“ hinstellt. Sie geht sogar noch weiter: Sie behauptet, daß die Politik Stresemanns die Politik der Arbeiterklasse ist, die er und die deutsche Bourgeoisie zu führen gezwungen sind. Nach dieser demagogischen Verdreherung sieht es so aus, als wenn nicht die Sozialdemokratie ein Agent der Bourgeoisie ist, sondern umgekehrt. Es wäre für Bucharin tatsächlich von großem Nutzen, wenn er sich Unterricht von der deutschen Sozialdemokratie über Demagogie erteilen lassen würde.

Die revolutionären Arbeiter werden jedoch nicht zum Opfer der durchsichtigen Bucharinschen Demagogie werden. Sie werden ihm auch nicht glauben, daß bei einer Parallellität von Handlungen, d. h. bei einem Block zwischen den Bolschewiki der deutschen Bourgeoisie, die dem Stresemann zur „Entlassung des Kampfes gegen die Bourgeoisie“ beitragen, und einen „Kurs auf die Erreichung der Macht“ halten können. Das sind nur revolutionäre Phrasen, mit denen die Bolschewiki ihre Politik der Burgfriedensverschleierung Bucharin entblößt selbst seine Demagogie, wenn er schreibt: „Selbstverständlich können die Formen des Klassenkampfes, seine Schärfe, verschieden sein. Dies wird durch die Reihe von Bedingungen bestimmt. Wenn z. B. Deutschland ein Bündnis mit der USSR geschlossen hätte, die inneren Kräfte des Proletariats aber in Deutschland selbst ungenügend entwickelt gewesen wären, dann wäre es zweckmäßig gewesen, zuerst die Kräfte im Verlaufe eines Krieges zu entwickeln und der USSR zu Stützpunkt der bürgerlichen Regierung erst allmählich zu verschleiern.“

Bucharin leugnet also nicht offen den Klassenkampf, denn das ist nach Sozialdemokratismus. Er ist „am“ dafür, daß er während des Krieges nicht so scharfe Formen annimmt und daß man ihn erst später „allmählich“ verschleiert. Das ist die gefährlichste Abart des Sozialpatriotismus, weil sie verschleiert ist. Dieser Sozialpatriotismus ist viel perverber mit der revolutionären Phrase maskiert, als dieser Kautsky und der Zentralkomitee während des Krieges, ihn aber die Maske vom Gesicht zu reißen, genügt die Kritik von Lenin und Sinowjew, trotzdem sie nicht aus einer revolutionären Theorie hervorging.

die sie gegen den verschleierten Sozialpatriotismus geübt haben. Während des Krieges, schrieb Sinowjew, ist die Billigung des Klassenkampfes ohne Billigung des Bürgerkrieges eine einfache Phrase, eine Lüge, eine Irreführung der Arbeiter.“

Revolutionäre Aktionen während des Krieges, schreibt Lenin, gegen die eigene Regierung bedeuten sicherlich und unzweifelhaft nicht nur den Wunsch nach ihrer Niederlage, sondern auch eine tatsächliche Förderung einer solchen Niederlage.“

Und weiter: „Man kann nicht den Haß gegen die eigene Regierung erzeugen, ohne ihnen eine Niederlage zu wünschen, — und man kann nicht etwas anderes als heuchlerischer Gegner des Burgfriedens sein, wenn man den Haß zu der eigenen Regierung und der eigenen Bourgeoisie nicht erzeugt!“

Ein verdrängter Freundschaft

„Mussolini in der Antisowjetfront.“ Es ist noch nicht lange her, — Anfang Dezember 1926 — da rühmte der russische Außenminister Tschitscherin vor Vertretern der Berliner bürgerlichen Presse (und zwar anlässlich der Enthüllung des „Manchester Guardian“ über die „Sowjetgrün“) die „guten Beziehungen“ zwischen Rußland und England, die sich im Laufe der letzten Jahre zu entwickeln hätten. Er sagte, daß die „erste Arbeiterfront“ in einem diplomatischen Freundschaftsverhältnis mit jenem Lande steht, wo die klassenbewußten Proletarier unter einem schrankenlosen blutigen Terror der faschistischen Mordtruppen zu leiden haben. Diese „guten Beziehungen“ zwischen Rußland und Mussolini, wo bekanntlich jeder Kommunist vogelfrei ist, wurden von der gesamten leninistischen Presse als ein wichtiger Erfolg des Moskauer Generalstreiks der „Weltrevolution“ gefeiert.

Jetzt ist zum großen Verwundern der leninistischen Strategen diese „revolutionäre“ Freundschaft in die Brüche gegangen. Mussolini ist seit dem 8. März nicht mehr der Repräsentant eines „halbunterdrückten“ bürgerlichen Staates, sondern geht nun ebenfalls zur verurteilten Bande der „Asenuten Chamberlains“. Und warum? Die italienische Regierung hat jetzt gleichfalls den Vertrag über die Angliederung der Banat an Rumänien (den am 20. Oktober 1920 Rumänien mit England und Frankreich abgeschlossen hatte) ratifiziert, wodurch sich Mussolini „mit Haat und Haaren“ dem englischen Imperialismus, Chamberlains Kriegspolizei gegen die chinesische und russische Revolution verschrieben hat. „Mussolini in der Antisowjetfront“ tobt die „Rote Fahne“ vom 9. März und schreibt:

Die Befestigungskongvention vom 20. Oktober 1920 ist seitherzeit von Frankreich, England, Italien, Japan und Rumänien unterzeichnet, jedoch bisher lediglich von England und Frankreich ratifiziert worden. Nach den Bestimmungen der Konvention tritt diese erst nach Ratifizierung dreier Staaten in Kraft. Durch die Ratifizierung der italienischen Regierung ist somit nunmehr die Befestigungskongvention in Kraft getreten und die Einverleibung der Banats an Rumänien international sanktioniert worden.

Die offiziellen Anstellungen der italienischen Regierung mögen noch so scheinheilig beteuern, daß die Ratifizierung des Bessarabien-Abkommens keine feindliche Handlung gegen die Sowjetunion sei; in diesem Augenblick bedeutet dieser Akt eine geradezu provokatorische Demonstration Mussolinis für Chamberlains Antisowjetpolitik. Die Sowjetregierung hat den Beitritt der Mächte zu diesem Abkommen, das Bessarabien widerrechtlich Rumänien zuspricht, stets als eine feindliche Handlung bewertet und die Rechtsgültigkeit des Abkommens selbst nie anerkannt.“

Die Wut der russischen NEP-Banner darüber, daß ihre machtpolitischen Aussichten auf dem Balkan durch den Schritt Italiens verschlechtert sind, ist durchaus begründet. Die „guten Beziehungen“ Rußlands mit Mussolini konnten eben nicht verhindern, daß die Moskauer Arbeiter in ihrem Kampf nach der Bessarabien Beute den Kürzeren gezogen hat. Unbegründlich für revolutionäre Proletarier ist nur, daß Mussolini bisher in der „Sowjetfront“, nach der leninistischen Logik also auf der Seite der Arbeiterklasse, gestanden haben soll. Die „guten Beziehungen“ zwischen Rußland und Mussolini sind ein „sozialistischer Aufbau“ in Rußland sehr nach Kapitalismus aussehen muß, wenn sich sogar ein Mussolini dafür erwärmen konnte. Und weiter verrät die, daß Mussolini nur deswegen jetzt in der „Antisowjetfront“ steht, weil er den Appetit der russischen NEP-Bourgeoisie auf Bessarabien nicht mehr Rechnung trägt. Das Geschrei über die „Agenten Chamberlains“ dient also lediglich dazu, das internationale Proletariat mit allen Mitteln der Verdrängung über den wahren kapitalistischen Charakter der russischen Staatspolitik zu täuschen. Die verkehrte Freundschaft zwischen Italien und Rußland beweist erneut, daß die internationale Arbeiterklasse aus der nep-russischen Bündnispolitik keinen Zweck hat.

Ein Block

In der „Roten Fahne“ vom 18. März entschlüpft der Redaktion eine Kennzeichnung des russischen „Kommunismus“, die folgende enthält: „Der Block mit der Bourgeoisie ist ein Block mit der Bourgeoisie.“

Das 8-Uhr-Abendblatt (im Volksmund 8-Uhr-Affenblatt genannt) leistet sich die Unverschämtheit, in jenem Teil seines Papiers, der sonst der Reizung der degenerierten Sexualnerven seiner Leser gewohnt ist, Lenin-Erinnerungen der Genossin Krupskaja (Lenins Witwe) unter der freien Überschrift: „Von Agitator zum Roten Zin“ zu veröffentlichen. Nach der Angabe dieser „Redaktion“ stammen die Erinnerungen aus Veröffentlichungen eines gewissen René-Filip-Miller. Dieser Kerl ist einer der typischen schamlosesten Sozialdemokraten, die sich vor längerer Zeit den Zutritt in die USSR zu verschaffen wußte, nach einiger Zeit in eine Spionageaffäre verwickelt war und es nur der Tatsache, daß er als Berichterstatter ausländischer Zeitungen auftrat, zu verdanken hatte, daß man ihn mit einigen Fußtritten über die Grenze beförderte.

Das ist nichts weiter, als was auch wir schon oft behauptet haben, daß nämlich in Rußland Einreiseerlaubnis erhalten, Spitzer, Gelbe, Pfaffen, Sozialdemokraten, Junker, Schlotbarone, Gewerkschaftsbeamte, Prinzessinnen, Hochstapler u. a. Nur Kommunisten werden ferngehalten, da man ihnen kritischen Blick fürchtet. Die KAP, wartet seit Jahr und Tag auf Antwort auf ihren Antrag, eine Delegation nach Rußland entsenden zu dürfen.

Wirtschaft

Die englische Kohle auf dem Weltmarkt. Das soeben vom Board of Trade veröffentlichte statistische Material über die englische Kohlenausfuhr im Februar läßt deutlich erkennen, daß es dem englischen Kohlenhandel gelungen ist, innerhalb von drei Monaten seine frühere übergangende Stellung auf dem Weltmarkt zurückzugewinnen. Ob-

gleich der Februar der kürzeste Monat ist, überstieg die Kohlenausfuhr mit 4 172 656 t den Januarexport um 79 977 t in den ersten beiden Monaten des Jahres wurden also Großbritannien 8 265 735 t ausgeführt, d. h. nur 222 313 t weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Während die englische Kohlenausfuhr nach Deutschland, Frankreich und Italien noch nicht wieder ganz den früheren Umfang erreicht hat, hat sich der Export nach Spanien, Belgien und Schweden beträchtlich gesteigert, und nach Holland sogar mehr als verdoppelt, wie aus nachstehender Tabelle ersichtlich ist:

Englische Kohlenausfuhr in Tonnen nach:
Februar 1927 Februar 1926
Frankreich 1 971 660 864 200
Italien 507 315 667 059
Deutschland 287 129 317 242
Spanien 250 765 158 410
Belgien 192 649 193 649
Holland 245 832 117 457
Schweden 157 250 133 523
Argentinien, Brasilien, Uruguay 308 829 327 905
andere Länder 1 392 923 1 557 151
zusammen: 4 172 656 4 335 596

Das deutsche Zechenkapital ist demnach wieder fast restlos, aus den Positionen geworden, die es durch den in den Gewerkschaften organisierten Streikbruch während des englischen Bergarbeiterstreiks errungen hatte. Nur in Italien hat der deutsche Kohlenhandel noch länger launische Lieferverträge für überschüssige ungeschwundene Kohlen aus den internationalen gewerkschaftlichen Streikbrüchen, die verschlechterten Arbeitsbedingungen und der Lohnabbau der englischen Bergarbeiter gestatten dem englischen Zechenkapital, die deutsche Kohle nicht nur von Veltmardien sondern auch selbst von den deutschen Märkten zu verdrängen. In den Ost- und Nordseehäfen wird englische Kohle zu Preisen angeboten, mit denen die Ruhrkohle nicht zu konkurrieren vermag. Mit Rücksicht auf die vorteilhaften Preise sind die deutschen Großverbraucher in den Abstützgebieten wieder relativ schnell zum Bezug englischer Kohle übergegangen und haben für die nächsten Monate Abschlüsse getätigt, die auf eine weitere Steigerung der Kohlenimporte aus Großbritannien hinzielen. In Deutschland sind die Kohlenimporte nach Deutschland im Februar nur um 30 000 Tonnen hinter der entsprechenden Exportzeit des Vorjahres zurückgeblieben ist, muß im umstrittenen Gebiet der Rückgang des Ruhrkohlenabsatzes auf den früheren Stand erwartet werden.

Die opportunistische Gewerkschaftspolitik, die den Kohlenbaronen die Tresore mit goldenen Schätzen füllt, bedeutet heute in allen Streikbrüchländern (Deutschland, Polen, Amerika) für die Streikbrecher Lohnabbau und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Die Arbeiter müssen daran erkennen, daß die Gewerkschaften heute nicht mal mehr reformistisch sind, sondern reaktionär.

Die Arbeitslosigkeit in England.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 7. März 1 144 100 mit Einschluß von 244 400 vorübergehenden Arbeitslosen und 73 200 deren Beschäftigung regelmäßig unterbrochen zu sein pflegt. Die Abnahme gegen die Vorwoche betrug 25 383, dagegen ist gegen die gleiche Zeit des Vorjahres eine Steigerung um 50 016 eingetreten.

Die englische Arbeitslosigkeit sinkt in demselben Maße als England mit seiner Kohlen-, seiner Eisen- und Fertigprodukt auf dem Weltmarkt vorstößt. Während die englische Kohlenförderung die Höhe der Vorwoche wieder erreicht hat, sinkt in Deutschland und Polen die Förderung; während England den Absatz seiner Fertigprodukte erweitert, geht der anderer Länder, hauptsächlich Frankreichs zurück und steigt die Arbeitslosigkeit.

Wachsende Krise in Frankreich.

Die Zahl der durch die Armenbehörden unterstützten Arbeitslosen ist von 6700 am 24. Dezember 1926 auf 73 622 am 17. Februar 1927, also um über das Zweifache gestiegen. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit wird aber von den Gewerkschaften gegenwärtig auf rund 300 000 geschätzt. Rund ein Drittel der gesamten noch beschäftigten Arbeiterklasse sind aber nur Kurzarbeiter. Die Textilindustrie geht rasig, zurück und die Autoindustrie ist zum größten Teile stillgelegt.

Die französischen Grubenbesitzer haben für den 1. April eine Lohnherabsetzung angekündigt.

Proletarisches Notizbuch

Schanghai, 17. März. (Reuter.) Wo geteilt wird, verhandelt der Führer der Schanghaiarbeiter General Fischekowsky mit der Oberbefehlshaber der japanischen Truppen über die Möglichkeit eines Abkommens, durch das den Nationalisten die friedliche Besetzung der Stadt ermöglicht werden soll.

EP. Kopenhagen, 16. März. Aus Oslo wird gemeldet: Die Lohnkämpfe, die zu Arbeitsentstellungen in der Bergwerks-, Textil-, Eisen- und Schuhwarenindustrie geführt haben, dauern nun schon einen vollen Monat an. Den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend sind die Arbeiter in den Bergwerken wieder aufgenommen, aber gestern, ohne ein Ergebnis erzielt zu haben, wieder abgebrochen worden.

Der Streik in der Lodzer Textilindustrie dauert mit unverminderter Stärke an. Inzwischen sind auch die Metallarbeiter in Lodz in den Ausstand getreten. Man rechnet mit der Möglichkeit eines Generalstreiks.

Der Krieg in Nicaragua, TU. Neuyork, 17. März. Wie der amtliche Funkspiegel meldet, ist im Gebiet von Magatopa eine der größten Schiffe in Bürgerkrieg von Nicaragua entbrannt, 800 konservative Truppen werden von 600 Soldaten der Liberalen abgedrängt.

Trotzki soll nach seiner Wiedervernehmung mit Stalin in einem diplomatischen Auslandsposten befolgt werden. Voraussichtlich wird eine Pariser Meldung zufolge — Trotzki zum russischen Botschafter in Tokio ernannt werden, da der bisherige Inhaber dieses Postens, Kopp, nach Stockholm versetzt worden ist.

Mitteilungen

Sachsen-Anhalt. Sonntag, den 3. April 1927 findet in Magdeburg eine Bezirkskonferenz statt. Tagesordnung: 1. Wirtschaftliche und politische Lage, 2. Stellungnahme zur 8. Bezirkskonferenz, 3. Berichte, Verschiedenes.

Groß-Berlin. Öffentliche Diskussionsabende. Donnerstag, den 24. März, abends 8.30 Uhr, 7. Bezirk, Lokal Peter, Nehringstraße 23. 11. Bezirk: Lokal Schumann, Sadowstraße 19-20. Thema: Die Vorgänge in China und das Proletariat.

Zur Kranzniederlegung in Adlershof und Köpenick treffen sich die Genossen Sonntag, den 20. März, vorm. 9 Uhr am Bahnhofs Adlershof.

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur“ Berlin SO. 36, Laustitzer Platz 13. März 1927. Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 628 42. Buchhandl. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Laustitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,20 Mk. zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

Eine Wendung in China

Mit dem Fall Schanghai wird zweifellos ein Wendepunkt in der Geschichte der nationalen Bewegung Chinas eintreten. Schon das äußere militärische Bild läßt die tiefen Ursachen des raschen militärischen Sieges der Kanton-Armee verraten. Trotz der Konzentration der interalliierten Kriegsmächte, der es ein leichtes war, ganz Schanghai in Grund und Boden zu schließen, wurde der Fall Schanghai unvermeidlich, Er wurde dies jedoch nicht infolge der militärischen Überlegenheit der Kanton-Armee, sondern infolge der Tatsache, daß eine mit allen Mitteln geführte militärische Verteidigung letzten Endes an den Kräften nicht rüsten könnte, die die Herrschaft der chinesischen Bourgeoisie tragen. Mit der Vernichtung Schanghai wäre die ökonomische Entwicklung in China nicht gebrochen, aber das Prestige Englands, noch mehr diskreditiert, als durch die Eroberung der Kanton-Armee. Die imperialistische Gegensätze innerhalb der imperialistischen Mächte lassen ein einheitliches Vorgehen außerdem nicht zu. Briand, begrüßt den „chinesischen Freiheitskampf“ nicht minder „herzlich“ wie die Bolschewiki. Japan braucht für seinen ungeheuren Bevölkerungszuwachs und für seine Industrieprodukte einen Absatzmarkt, der durch die Begeisterung für die Kanton-Regierung erfolgreicher erschlossen werden kann, als durch eine militärische Aktion. Das gewaltsame Ausbrechen Englands aus der imperialistischen Front hätte dem englischen Imperialismus noch weit mehr geschadet, als die durch die kapitalistischen Kräfte in China unvermeidlich gewordene militärische Niederlage. Für die imperialistischen Staaten sind in dem Stadium, in dem sich das China von heute befindet, nicht mehr ausschließlich Kanonen und Schanaps die Mittel, um ihren Einfluß zu sichern. Die wohlfühlen Preise ihrer Waren — sagt schon Karl Marx im „Kommunistischen Manifest“ — sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhater der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zu Grunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich einzuführen, das heißt Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.“ — Das gilt heute für China.

Das Bismarck-Platz in der Bismarckstraße gegen die Vorhut des Demonstrationzuges mit gezogenen Säbeln eine Attacke und schlugen rücksichtslos auf Männer und Frauen ein. Mehrere „Schreckschüsse“ und auch eine Anzahl scharfer Schüsse, von denen ein Arbeiter durch einen Bauchschuß schwer verletzt wurde, gab die unerhört provokatorisch auftretende Polizei ab.

Zürich bei schlichte Unruhe

1 Toter, 23 Verwundete. Die KPd. hatte zum 22. März ihre Mannen zu Demonstrationen zusammenzurufen. Ihr Einheitsfront- und Gewerkschaftsbesitz bürdete sich nach sozialdemokratischer Manier. Die „Rote Fahne“ vom 23. schreibt über das:

Scharfschützen in Charlotenburg. „Berittene Schulpolente ritten in der Bismarckstraße gegen die Vorhut des Demonstrationzuges mit gezogenen Säbeln eine Attacke und schlugen rücksichtslos auf Männer und Frauen ein. Mehrere „Schreckschüsse“ und auch eine Anzahl scharfer Schüsse, von denen ein Arbeiter durch einen Bauchschuß schwer verletzt wurde, gab die unerhört provokatorisch auftretende Polizei ab.“

Der Bank des englischen Kapitals

Die Antwort an die Streikbruchgewerkschaften. Dank des von den Gewerkschaften organisierten internationalen Streikbruchs gegen die englischen Bergarbeiter hat die englische Bourgeoisie jetzt ein geschlagenes, verzweifeltes, mittrausch gewordenes und wehrloses Proletariat vor sich, das, angestarrt wie es ist, nicht des geringsten Widerstandes fähig ist. Es weiß, daß jedes Aufbegehren durch die „Solidarität“ der außerenglischen „Brüderorganisationen“ wieder durch Streikbruch niedergedrückt wird. Die folgende Meldung zeugt von dem Wüten der englischen Bourgeoisie:

Badwies Antistreikgesetz. London, 22. März. Die englische Regierung hat den Entwurf für das neue Gewerkschaftsgesetz fertiggestellt und beschlossen, ihn in den nächsten Tagen dem Parlament vorzulegen. Der Entwurf verbietet den Generalstreik als „unangehörte Verschönerung“, ferner das Streikpostensystem und die Erhebung der bisher üblichen Abgaben innerhalb der Gewerkschaften zugunsten der Arbeiterpartei, Arbeiter, die Verbänden angehören die nicht dem Gewerkschaftskongress angehören sind, wird das Streikrecht überhaupt entzogen. Außerdem wird den Beamten- und Angestellten-Verbinden verboten, sich Spitzorganisationen anzuschließen, die „eine politische Führung“ haben, d. h. dem Gewerkschaftskongress.

Die Schwarze Reichswehr und ihre „roten“ Helfershelfer

Die gesamte bürgerliche und sozialreformistische Skandalpresse ist momentan wieder mit Enthüllungen überflutet über die Vorgänge in den Jahren des Ruhrkrieges bezüglich der Schwarzen Reichswehr. Ein Blick in diese Presse überseht den denkenden Arbeiter schon von dem nicht zu überbietenden Grad der Verlogenheit der Bourgeoisie. Es kommt aber hinzu, daß die sogenannte Arbeiterpresse in dasselbe Horn bläst, daß sie viel von Veruschungsmanövern redet, und von den wahren Schuldigen, die ebenfalls auf die Abklagebank gehören, schweigt. Die Tatsache, daß die SPD, und KPD, selbst von diesen Dingen unentrichtet waren, und bis heute geschwiegen haben. Wenn sie heute die bürgerliche Presse darin zu überbieten suchen, daß sie nach „Gerechtigkeit“ bezüglich auch der „Verurteilung“ „höherstehender“ Kreise schreiben, so zeigt gerade diese Methode den kampftrahenden Versuch, von dem Kern der Sache abzulenken.

Die deutsche Bourgeoisie war — und darüber weist Herr Bucharin in noch nachdrücklich bitteren Tränen — „erschlagen, unterjocht“ und „in die Rolle eines antikolonialen Landes versetzt“. Bucharin behauptet weiter, daß sämtliche kommunistischen Parteien gerade in Anbetracht dieser besonderen Lage in Deutschland sogar für möglich gehalten haben, sogar die bürgerliche Deutschland gegen die Vorgefallenen seitens der imperialistischen Staaten zu verteidigen.“ (Inprekorr Nr. 130, 1. Nov. 1926). Zur Verteidigung gebührt nun einmal die militärische Rüstung, und da diese infolge der Militärkontrolle der Entente nicht legal möglich war, mußte sie eben illegal betrieben werden. Zu derselben Zeit wurde die Anfertigung von Munition ebenfalls auf illegalem Wege betrieben, und zwar durch Verlegung von Teilen der deutschen Rüstungsindustrie nach Rußland. Gerade gegen diesen Vorwurf schweigt Herr Bucharin und das gesamte Ekki die obige „Rechtfertigung“.

Wer aber für die „Verteidigung“ dieses bürgerlichen Deutschlands war, der mußte für die unter den gegebenen Verhältnissen allein mögliche illegale Verteidigung sein. Heute ist bis ins kleinste und unwiderleglich bewiesen, daß Moskau diese Verteidigung mit allen Mitteln mit betrieben hat. Zu derselben Zeit, am 27. Mai 1922, als die faschistischen KPD, verurteilt gegen das verzweifte und durch die Initiative aufgepostete Proletariat richteten, schrieb die „Rote Fahne“, „Aufwachen! Die Regierung der Mordtruppe gegen die KPD, verurteilt, oder wir werden das Schwert erheben.“ — „... Sie schrieb weiter, um dieser Drohung stärkeren Nachdruck zu verleihen: „Die Regierung weiß, daß die KPD, aus Rücksicht auf die Gefahr seitens des französischen Imperialismus, über viele geschwiegen hat, was dem Regime unmöglich machen würde für jede internationale Verhandlung.“ Die KPD, hat bis heute noch nicht vertragen, über was sie geschwiegen hat, aber ihr Schweigen hat die SPD, gebrochen, die mit von der Partie war. Die Schwarze Reichswehr war nicht nur auf deutschen Rittersitzen und in deutschen Militärlagern, sondern sie reiste mit falschen Pässen nach Rußland und organisierte die Munitionsfuhr für die deutsche Weiße und Schwarze Reichswehr. Davon war die KPD, unterrichtet, davon war die SPD, unterrichtet durch ihr Minister Radbruch, Solmann und durch Ebert. Und wer noch irrend wie im Zweifel sein sollte, mit welchem Eifer SPD, und KPD, damals für die faschistische Konterverwaltung sorgten, der mag Entschluß nehmen in die Reichstagsdrucksache 2162 und 2163. Unter diesen Anträgen stehen u. a. die Namen Schäfers (SPD), Torgler (KPD), der Industrieherr Dr. Kibickus, Lawerenz, Dr. Omack usw. von den „vaterländischen Verbänden“. Dieser Antrag 2163 fordert in dem Haushalt des Reichswehrministeriums, u. a. 10 Verwaltungsverwaltungsmittel, 30 Regierungsoberinspektoren, 72 Regierungsoberinspektoren, 62 Oberregierungsräte, 7 Betriebsleiter (landwirtschaftliche Beamte), 6 Verwaltungsoberinspektoren (landwirtschaftliche Beamte). Diese im Originalantrag (zu beenden durch Heymanns Verlag, Berlin W 8) bewilligten Stellen für landwirtschaftliche Beamte reiben den dazu gehörenden Millionen und Abermillionen von Geldern für die Schwarze und Weiße Reichswehr sind wohl nur ein Glied in der Kette der Bewilligung, daß SPD, und KPD, ein ihrem Geschrei nach den Schulden ihrer eigenen Spuren verschweigen möchten, aber lediglich dieser Punkt ist für das Proletariat wichtig. Ob

bezieht, was im Interesse des kapitalistischen Rußland setzen werden muß, als die schlaue Maslow-Jäger? — Die Arbeiter, die die Kommode dieses Parteilagers begraben, bezeugen auch die Arbeiter, die trotz dieser Kommode noch von der „Eisernen Kohorte der Weltrevolution“ in Gestalt des „einsigen Arbeiterstaates“ träumt, ein Demagoge oder ein kompletter Idiot ist.

Untersuchungsergebnisse

Das die Unternehmer Klassenbewußt sind, die Arbeiter aber nicht, das beweisen die folgenden von den Depeesch-Büros verbreiteten Meldungen:

Porzellanindustrie

Waldenburg, 850 Porzellanarbeiter der Tieschen Porzellanfabrik und die Formgiesser der Kristerschen Porzellanmanufaktur haben wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit niedergelagt. Daraufhin hat der Arbeitgeberverband für die Feinkeramikindustrie die Aussparung für ganz Schlesien mit Wirkung vom 26. März angeordnet.

Keramische Industrie

Frankfurt a. O. Im Zusammenhang mit dem Lohnkonflikt in der feinkeramischen Industrie ist der zirka 600 Mann starken Belegschaft der ostmärkischen Steingutfabrik von Georg Paetsch in Frankfurt a. O. zum 26. März gekündigt worden. Werden die Arbeiter bald die Lohnforderung stellen, daß sie mit der gewerkschaftlichen Nadelsticht nicht weiter befolgen, als ein zehnjähriges Sühnereignis im Interesse des Kapitals. Werden sie bald begreifen, daß sie nur als geschlossene Klasse angreifen können, wie es ihnen die Unternehmer vormachen?

Wirtschaft

Der Berliner Arbeitsmarkt

Nach dem Bericht des Berliner Arbeitsamts waren am 19. 3. 250 791 Personen bei den Arbeitsnachweisen des Landesarbeitsamts Berlin eingetragen, gegen 266 183 der Vorwoche. Davon befanden sich 173 908 (180 281) männliche und 76 883 (86 895) weibliche Personen. Erwerbslosenunterstützung bezogen 110 692 (117 783) männliche und 43 047 (46 338) weibliche, insgesamt 153 739 (164 122) Personen. Ferner wurden 38 050 (38 422) Personen durch die Erwerbslosenämter der Stadt Berlin und 20 654 (20 568) Personen durch die Kreisämter unterstützt. Bei Notstandsarbeiten wurden 9631 (8157) Personen beschäftigt. Die Zahl der „gemeinnützigen“ Pflichtarbeiten Überwiesenen betrug 35 gegen 49 der Vorwoche.

Der Berliner Arbeitsmarkt weist demnach eine weitere Entspannung auf. Bemerkenswert ist, daß der weitere Rückgang der Arbeitslosigkeit mit rund 7400 Personen sich fast nur auf männliche Kräfte beschränkt. In der Hauptsache tritt wiederum ein stärkerer Bedarf an Facharbeitern hervor. Die Besserung der Beschäftigung im Maschinenbau und in der Elektroindustrie, die bisher zum großen Teil auf die Wiedereinführung normaler Arbeitszeit und Wiedereinstellung früherer Wegangehöriger beschränkt blieb, macht sich jetzt durch stärkere Abnutzung bemerkbar. In der Metallindustrie wurden in der Berichtswoche insgesamt 1200 Personen eingestellt. Ferner wirkt sich die stärkere Einseitigkeit der Frühjahrsbestellung in der Landwirtschaft sowie der Bau-, Holz- und Holzstoffgewerbe aus. Besserung zeigt auch die Lederindustrie. Dagegen ist der Abbruch von Kräfte für ungelernete Arbeit mit Ausnahme von Notstandsarbeit gegenüber dem großen Angebot sehr gering.

100 Prozent

Weitere Vertrustung in der Schifffahrt.

trotzdem Unterstützung aus der Erwerbslosenunterstützung. Wir haben an dieser Stelle schon einmal gesagt, daß der eigentliche Gewinner des Weltkrieges, das jetzt vertrustete, rationalisierte und koalierte Großverderer- und Wertkapital ist. Dieses wurden die alten ausgetriebenen Kräfte, mit denen es im Kriege weit über den Wert der Schiffe verdient hatte, durch die Enteignung und von den deutschen Proletariaten wurden sie ihm wieder ersetzt. Als Sozialdemokraten und Oewerkschaften die „Volkskassentragen“ stellen, sind sie an der Unterstützung aus den Steuererlösen der Arbeiter, die an das Reich gehen, als sie in der Reichsregierung saßen, es weiter und die heutige „Rechtsregierung“ setzt diese Unterstützung fort aus den Geldern der Steuerzahler.

Art des Profits	1. Mill. Mk.
Betriebsüberschuß	23,35
Kassenbestand	1,56
Beteiligungen	17,45
Wertpapiere	2,77
Gewinnsteuern	1,43
Vorräte	3,88
Außenstände	16,16
Reservefonds	12,46
Andere Konten	28,82
Gesamt	100,00

Im Jahre 1926 „verloren“ 8291 auf das Aktienkapital von 75 Millionen Mark wurden in einem Jahre mehr als 100 Prozent verdient! Die Flotte steht mit 176 Millionen Mark zu Buche, 100 Millionen Mark mehr als das ganze Aktienkapital. Das ist ein Geschick! Die Hapag verteilt beschiedene 6 Prozent Dividende auf 54 Millionen Mark Aktienkapital und 3 Prozent auf 21 Millionen. Der eigentliche Profit verbleibt als Betriebskapital auf den entsprechenden Konten.

Der Aufsichtsrat der Hapag hat beschlossen, sich von der Generalversammlung am 28. März die Ermächtigung erteilen zu lassen, an einem der Verwaltung eingelegten erscheinenden Zeitpunkt 30 Millionen RM. neue Aktien auszugeben, von denen 26 Millionen den Aktionären im Verhältnis 5:1 zum Bezugsangebot werden sollen. Die neu geschaffenen Mittel sollen für ein Bauprogramm verwendet werden, das zur Ergänzung der bisherigen Flotte in Auftrag gegeben werden soll und aus folgenden Schiffen besteht: 2 Motor-Passagierschiffe vom Typ Cleveland, 6 Motor-Frachtschiffe, von je 10 000 t Tragfähigkeit und 6 Frachtschiffe von je 5500 bis 6000 t Tragfähigkeit. Die beiden Motor-Passagierschiffe werden je etwa 17 000 t groß sein und sind für die Nordatlantikfahrt bestimmt. Nach den Bestimmungen über die Unterstützung aus der produktiven Erwerbslosenunterstützung wird die Gesellschaft unterstützt werden aus den Geldern, die den Arbeitern in den Betrieben abgezogen werden und die eigentlich die Erwerbslosen erhalten sollten. Die Hamburger Tiefen- und Werftarbeiter und die Erwerbslosen sind in diesem Falle die zur Kritik berechtigte Instanz. Sie müssen entscheiden, ob die geldliche Unterstützung des Reedereikapitals durch Sozialdemokratie und Oewerkschaften die Förderung der „Rationalisierung“ und deren Burgfrieden, d. h. deren Verrat der Arbeiter an das Schiffsrentierkapital berechtigt ist. Wer das verneint, muß sein Mittelgehalt in den Müllkasten werfen und sich der A.A.U. und K.A.P. anschließen und für die Beseitigung des Kapitalismus gegen die freiehe Noske'sche Konterrevolution kämpfen.

Die Jugend und die Toten

Sonntag, 27. März, vorm. 10.30 Uhr, im Saal zum Lindengarten, Cöpenick, Grünauer- Ecke Schönhaider Straße, veranstaltet die Kommunistische Arbeiter-Jugend Zum Andenken der Kapp-Putsch-Opfer eine proletarische Feierstunde.

Aus dem Programm: Streikcharakter — Rezitationen — Sprechchor — Ansprache. Kommunistische Arbeiter-Jugend.

Volksbegehren über Aufwertung abgelehnt

Der Reichsminister des Innern hat auf Beschluß der Reichsregierung den von der Reichsarbeitsgemeinschaft der Aufwertungsgeschädigten- und Mieterorganisationen gestellten Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens zugunsten eines Gesetzes über die Wiederherstellung des Volksvermögens abgelehnt.

Lohnabbau in Saarabien

Für die gesamte Industrie ist durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses ein zehnprozentiger Lohnabbau festgesetzt worden. Die Fertigungsindustrie hat den Schiedsspruch angenommen. Die Schwerindustrie dagegen hat ihn abgelehnt, weil sie einen größeren Lohnabbau plant. Sämtliche Werke haben durch Anschlag bekanntgegeben, daß am 16. März ein Lohnabbau von 4,5 Prozent eingetreten ist und daß am 16. April ein weiterer Abbau von 6,5 Prozent folgen wird. Demgegenüber „verharren“ die Gewerkschaften auf ihrem „abnehmenden Standpunkt“. Sie beabsichtigen ein Urabstimmung zu veranstalten in der Hoffnung, daß sich die Arbeiter inzwischen das Hungern noch besser angewöhnen und dann „den Sperling in der Hand der Taube auf dem Dache“ vorziehen werden.

Der Arbeitsmarkt in Frankreich

In der Woche vom 7. bis 12. März betrug die Zahl der in Frankreich von den Armenbehörden unterstützten Arbeitslosen 80 414 (Vorwoche 81 916), also ein Minus von 1500, in Paris 24 639 (Vorwoche 26 666), also ein Minus von 2026, im übrigen Schiedsdepartement 25 872 (Vorwoche 24 673) also eine Erhöhung um 1199. An Stellungsangeboten in der Berichtswoche nicht befristet wurden 94 193 (Vorwoche 92 125). Daß in Paris allein die Ziffer der Unterstützten um reichlich 2000 zurückging, in ganz Frankreich dagegen nur um 1500, ist darauf zurückzuführen, daß die Arbeitslosigkeit außer in Paris weiter gestiegen ist. Die Steigerung im Seine-Departement um 1200 bestätigt das. Zweitens hat das Baugewerbe und andere Saisonindustrien bedeutend mehr Arbeitslose aufgenommen, was aber wieder durch Entlassungen aus der Industrie wettgemacht wird.

Tschechoslowakische Arbeitstaxe für Ausländer

Die Tschechoslowakei hat eine Arbeitstaxe für Ausländer festgesetzt, die zwischen 20 und 1000 Kronen bemessen ist und in dem Maße zu erhöhen ist, wenn ein Ausländer im Bereiche der Arbeitsvermittlung eine Arbeitsstelle im Inland bewilligt wird.

Miscarclonen in Amerika

Die Einfuhr von Kautschuk nach den Vereinigten Staaten hatte im Februar 1927 eine Höhe von 27 000 t gegen 46 000 t im Januar d. J. Der amerikanische Verbrauch betrug 30 000 t gegen 32 000 t im Januar. Ende Februar beliefen sich die Vorräte auf 91 000 t gegen 76 000 t Ende Januar. Die schwimmende Ware bezifferte sich Ende des Vormonats auf 42 000 t gegen 45 000 t Ende des Monats Januar. Das zeugt von einem weiteren Rückgang der Automobilfabrikation.

Zahlreiche amerikanische Oelgesellschaften in verschiedenen Staaten nahmen infolge der steigenden Konkurrenz weitere Preisermäßigungen vor.

Die Textilfabrik Manville Jencks Co. in Pawtucket im Staate Rhode Island hat bekannt, daß ihre Betriebe für dauernd geschlossen werden. Die Social Mill und die Globe Mill stellen ihre Tätigkeit für unbestimmte Zeit ein, nachdem 3000 Arbeiter in den Ausstand getreten sind.

Der Vorsitzende der United States Steel Corporation, Elbert H. Gary, betonte bei Besprechung des Jahresberichtes des Unternehmens, daß der Umfang des Auftragsbestandes und des Exportgeschäftes im letzten Jahre wesentlich höher gewesen sei als 1925. Der Absatz nach dem Auslande sei der größte seit 1920.

Je mehr sich in Amerika selbst die Marktübersättigung bemerkbar macht, desto größere Anstrengungen macht das Dollarkapital sich auf dem Weltmarkt durchzusetzen. Die überlegene amerikanische Technik und die fortschreitende Industrialisierung und Selbstversorgung der Kolonien werden auch das deutsche Proletariat einst zwingen, den Kampf um seine Existenz anzufangen.

Industrialisierung in Südafrika

„Financial Times“ meldet aus Manchester, von gut unterrichteter Seite wurde mitgeteilt, daß die Bildung einer neuen Gesellschaft in Südafrika bevorstehe, die ein Kapital von zwei Millionen Pfund einbringen und sich mit dem Bau von Lokomotiven befassen wird. Eine britische Firma und ein südafrikanisches Syndikat würden die Gesellschaft bilden.

Proletarisches Notizbuch

Auch Nürnberg gefallen. — London, 22. März. (WTB.) Blättermeldung zufolge wird die Einnahme Nankings durch die Kantonesen gemeldet.

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel erklärte dem „Achtuhrblatt“: „Dennoch werde ich den Selbstmord von 8. Mai nicht verbieten. Ich werde, sogar alles anbieten, um jede Voraussetzung dafür zu schaffen, daß diese Veranstaltung vor sich gehen kann. Es hat den Anschein, als sollte ich zu einem Verbot gedrängt werden. Ein solches Verbot wird nicht erfolgen, schon weil ich damit der Polizei das Zeugnis ausstellen würde, als ob sie einer solchen Sache nicht gewachsen wäre.“ — Damit wird dann auch der „Kampf“ der K.P.D. vertagt werden — oder eine Woche früher, am 1. Mai stattfindend.

Das Ende eines Demagogen, Katz ist aus dem bombastisch aufgeblasenen „Spartakusbund“ ausgetreten. Die ganze Katzengeschichte endete schließlich in einer Katzbalgerei, von der zuletzt nur der Katzenbesitzer blieb, der den Katzbund wiederum in einige Gruppen zerlegte. — Das Konzept aber davon, wenn man an die Stelle von Prinzipien „große Männer“ und falsche Phrasen setzt.

Jugendbewegung

Die Sowjetrussen und die proletarische Jugend

Die kommunistische Jugend muß Farbe bekennen! Die K.A.P.D. hat durch ihren „Offenen Brief“ an das Zentralkomitee der K.P.D. den schließlichen Beweis erbracht, daß von Seiten Rußlands an die deutsche Reichswehr Kriegsmaterial geliefert worden ist. Nach anfänglichem Leugnen wird die Verbindung zwischen Rußland und der deutschen Reichswehr auch zugegeben, jedoch immer noch geleugnet, daß Kriegsmaterial nach Deutschland geliefert wurde. In den öffentlichen Massenversammlungen der K.A.P.D. hat sich die K.P.D. geschämt, Rede und Antwort zu stehen. In eigenen Versammlungen hat sie durch eine wüste Antibolschewistenhetze versucht, die Stimme der revolutionären Arbeiterschaft zu unterdrücken. Doch diese verzweifelten Maßnahmen können nicht verhindern, daß immer breitere Kreise der Arbeiter und auch der proletarischen Jugend erkennen, welche verwerfliche Rolle die 3. Internationale und Rußland spielen, zu einer Zeit, wo in Deutschland die Arbeiter zum Machtkampf rüsten.

Im Interesse der proletarischen Revolution ist es dringend notwendig, das wahre Gesicht des heutigen Rußland zu enthüllen. Auch die revolutionäre Jugend hat ein brennendes Interesse daran, die Tatsachen festzustellen und hiernach ihre Taktik und Kämpfe zu gestalten. In den Reihen des K.J.V.D. sind es bereits breite Kreise, die durch die „Sowjet-Granaten“ verlangen und sich nicht mehr mit den Russenarten über „antibolschewistische Hetze“ begnügen. Um den Klärungsprozeß im Jungproletariat zu fördern und der K.J.D. Gelegenheit zu geben, sich in der breiten Öffentlichkeit von dem ungeschehlichen Vorwurf zu befreien, Verbindungen Rußlands mit der deutschen Konterrevolution zu decken, hat der Reichsarbeitsausschuß der K.A.I.D. einen Brief an die Zentrale der K.J.D. sowie eine Reihe von proletarischen Jugendorganisationen gerichtet. Diese Briefe haben folgenden Wortlaut:

Berlin, März 1927.

An das Zentralkomitee des K.J.V.D. Berlin.

„Im Anfang dieses Jahres wurde dem ZK der K.P.D. durch den Geschäftsführenden Hauptausschuß der Kommunistischen Arbeiter-Partei in der Angelegenheit der Beilegerung der konterrevolutionären weißen Banden mit Unterstützung durch die russische Regierung ein Offener Brief überreicht. Dieser Offene Brief, den wir Euch mit diesem Schreiben als Anlage übersenden, enthält mit seinem wichtigsten Material eine einzige Anklage gegen das Tuschingschloß am Proletariat, bezogen durch die 3. Internationale und all der ihr angeschlossenen Organisationen, einschließlich der Enigen.

Das Klasseninteresse des Proletariats aber erheischt die völlige Wahrheit, sehen wir immerhin noch Teile desselben in Rußland den Hört der Weltrevolution. Erweise sich aber die Behauptungen der Kommunistischen Arbeiter-Partei als Tatsachen, so kann Rußland weder ein proletarischer Staat, noch aber der Ursprung der proletarischen Revolution sein. Man kann nicht gleichzeitig Bundesgenosse der kämpfenden Arbeiterklasse sein und dabei seinen Totfeinden die Munition für den Kampf gegen das Proletariat liefern.

In unzähligen Versammlungen, auf den Jungarbeiterkongressen, überall hört man die K.I. Loblieder auf Rußland singen. Wenn ihr nun nicht, wie Euer russischer Genosse, der Bolschewik Medwedjew behauptet, ein Gesinde kleinbürgerlicher Knechtchen seid, sondern vielmehr ein ehrliches Interesse an der proletarischen Revolution habt, dann werdet ihr nun die Argumente der K.A.P.D. prüfen und nicht wie die K.P.D. schwelgen. Ihr werdet dann der proletarischen Öffentlichkeit Rede und Antwort stehen.

Die für die Arbeiterklasse notwendige Klarheit über Weg, Methodik und Ziel des proletarischen Klassenkampfes macht es uns zur Pflicht, auch Eurer Antwort vorzutreten. Zweck und Ziel des Genfer Völkerbundes ist es, diese kapitalistische Verständigungspolitik mit pazifistischen Phrasen auf dem Rücken der arbeitenden Arbeiter durchzuführen.

Die Atempause der imperialistischen Mächte Europas geht im neunten Jahre nach Kriegsende bereits sichtbar ihrem Ende zu. Die tatkräftige Unterstützung des kapitalistischen „Wiederanlaufes“ durch die parlamentarisch-gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen hat die Bourgeoisie in den Stand gesetzt, abermals zum imperialistischen Wettrennen. So gar das von „Sowjet“-Rußland 1919 bis 1923 wieder in der „unterjochten“ bürgerlichen Deutschland ist heute wieder in der ersehnten Lage, als Mitglied des Völkerbundes ein gewisses Maß von Selbständigkeit zu entwickeln. Die durch die Rationalisierung erreichte Produktionssteigerung treibt die Kapitalkonzerne über die nationalen Grenzen hinaus in den Kampf um neue Absatzgebiete, und damit treten die imperialistischen Gegensätze zwischen den europäischen Staaten zusehends wieder schärfer in Erscheinung, alle pazifistische Phrasen erbarmslos verhöhnt.

Neben diesen Brief gingen einige mit ähnlichem Inhalt und Ersuchen um Stellungnahme zu den Enthüllungen über die Sowjetrussen an: Bundesvorstand des Arbeiterturn- u. Sportbundes „Fichte“, Bundesleitung des Reichsbundes der „Naturfreunde“, Versammlung der Präfekturischen Gesundheitsämter, Reichsarbeitsausschuß der K.I.-Opposition, Gruppe Kommunistischer Politik, Reichsarbeitsausschuß der „Entschieden Linken“ K.I.-Opposition.

Jetzt haben der K.J.V.D. sowie die übrigen proletarischen Jugendorganisationen das Wort. Das Jungproletariat fordert Antwort. Sollte das Zentralkomitee es vorziehen, genau so wie das ZK der K.P.D. zu kniefeln, so werden wir sie in allen Versammlungen gebührend brandmarken. Keine Antwort ist auch eine Antwort.

Offiziellungen

Sachsen-Anhalt. Sonntag, den 3. April 1927 findet in Magdeburg eine Bezirkskonferenz statt.

Tagesordnung: 1. Wirtschaftliche und politische Lage. 2. Stellungnahme zur 8. Bezirkskonferenz. 3. Berichte. Verschiedenes.

Groß-Berlin

Achtung! 5. Bezirk (Friedrichshagen). Montag, den 28. März, kombinierte Mitgliederversammlung von Partei und Union im bekannten Lokal. Stellungnahme zu den Unions-Thesen.

7. Bezirk (Charlottenburg). Freitag, den 25. 3. keine Sitzung. Dafür Sonntag, den 28. 3., abends 7.30 Uhr, kombinierte Mitgliederversammlung von Partei und Union im Lokal Koch-Schillerstraße 75.

17. Bezirk (Lichtenberg). Montag, den 28. März, kombinierte Mitgliederversammlung von Partei und Union im Lokal Bartsch, Neue Bahnhofstraße-26. Stellungnahme zu den Unions-Thesen.

Erwerbslosen-Versammlung! Am 28. 3. Montag mittags 1 Uhr d. Thiel, Ruckerstr. 7. Nähe Nachweis Gormannstr. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Erwerbslose Neutreff! Jeden Dienstag, vormittags 10 Uhr, Fraktions-Sitzung im Lokal Schwarzkopf, Fontaneustraße 26. Alle arbeitslosen Unionsgenossen sind verpflichtet zu erscheinen.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Suja, Neukölln. Druck: Druckerei f. Arbeiter-Literatur, Berlin-O 17.

Kommunistische Arbeiterzeitung

8. Jahrg. Nr. 24

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

März 1927

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42, Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifenhand durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur“ Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

Friede auf dem Pulverfaß

Der Aderlaß des Weltkrieges, der klar die Unfähigkeit der kapitalistischen Klassen zur Lösung ihrer eigenen Lebensprobleme angezeigt hat, zwang die imperialistischen Mächte, eine Ruhestellung zu beziehen. Nicht nur die militärisch unterlegenen, sondern auch die Sieger-Staaten standen vor der brennenden Aufgabe, sich vor allem auf den kapitalistischen Wiederanlauf zu konzentrieren und angesichts des Weiterlebens der proletarischen Weltrevolution in gemeinsamer Solidarität gegen die unterdrückten Klassen zusammenzusetzen. Die harte Notwendigkeit, besonders der europäischen Kapitalsmächte, angesichts der übertragenden Machtstellung Nordamerikas und der wachsenden Stärke der Kolonialmächte neue Kräfte zum Kampf um den Weltmarkt zu schöpfen, drängte die imperialistischen Gegensätze automatisch in den Hintergrund. Das bedeutete natürlich nicht extra militärische Abrüstung großer Stills (die ja nur den besiegten Ländern friedensvertraglich aufzuzwingen wurde), sondern nur eine Politik der Verständigung der europäischen Staaten über ihr durch den Ausgang des Krieges bedingtes neues Verhältnis zueinander sowie über die konkrete Art und Weise, wie die sozialen Kriegslasten und Kosten des kapitalistischen Wiederaufbaues den proletarischen Massen aufzubürden sind. Zweck und Ziel des Genfer Völkerbundes ist es, diese kapitalistische Verständigungspolitik mit pazifistischen Phrasen auf dem Rücken der arbeitenden Arbeiter durchzuführen.

Die Atempause der imperialistischen Mächte Europas geht im neunten Jahre nach Kriegsende bereits sichtbar ihrem Ende zu. Die tatkräftige Unterstützung des kapitalistischen „Wiederanlaufes“ durch die parlamentarisch-gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen hat die Bourgeoisie in den Stand gesetzt, abermals zum imperialistischen Wettrennen. So gar das von „Sowjet“-Rußland 1919 bis 1923 wieder in der „unterjochten“ bürgerlichen Deutschland ist heute wieder in der ersehnten Lage, als Mitglied des Völkerbundes ein gewisses Maß von Selbständigkeit zu entwickeln. Die durch die Rationalisierung erreichte Produktionssteigerung treibt die Kapitalkonzerne über die nationalen Grenzen hinaus in den Kampf um neue Absatzgebiete, und damit treten die imperialistischen Gegensätze zwischen den europäischen Staaten zusehends wieder schärfer in Erscheinung, alle pazifistische Phrasen erbarmslos verhöhnt.

Im Kampf der jungen chinesischen Bourgeoisie um nationale Unabhängigkeit spiegelt sich schon deutlich die neue Ausweglosigkeit der imperialistischen Mächte wider. Rußland, dessen Bedürfnis nach wirtschaftlicher Hilfe und machtpolitischen Bündnissen mit dem Fortschreiten seiner kapitalistischen Entwicklung stark, steht an der Seite der Kantoneserregierung, um dadurch praktisch das Ubergewicht des Genfer Völkerbundes zu paralysieren. Japan bewahrt wachsende Neutralität gegenüber den südkinesischen Truppen, weil es auf diese Weise sicherer als durch militärische Aktionen Absatzgebiete für seine Industrieprodukte in China zu gewinnen hofft. Selbst das imperialistische Frankreich bezieht durch den Mund Briands den „chinesischen Freiheitskampf“ ebenso „herzlich“ wie die Moskauer „Sowjetregierung“. Frankreich will dadurch seinem alten Rivalen England eine Schlappe bringen, indem es sich bei der Kantoneserregierung für deren notwendig werdende Neuregelung der politisch-wirtschaftlichen Beziehungen zum alten Europa schon heute in empfehlende Erinnerung bringt. England muß in China einen offenen Rückzieher (Fall Schanghai) machen. Es muß sich auf Hilfe militärischer Demonstrationen (Entsendung von Marineschiffen zum Schutze der englischen Kolonie) beschränken, weil die ökonomische Selbständigkeitsentwicklung Chinas eben nicht mit Willkür gegenzuhalten ist, und weil eine kriegerische Vorgehen gegen die Kantoneserarmee doch nur einen Aufschwung der nationalreaktionären Bewegung in den britischen Kolonien (z. B. Indien) auslösen würde. Die imperialistischen Prestigegefahren sind in China, England weitzumachen, indem es besonders durch seinen Versallenden Italien Schicksalge auf dem Balkan unternimmt, um den Einfluß Frankreichs im nahen Orient zu schwächen, Italien hat die im römischen Interesse liegende Besarabienkonvention ratifiziert, um seine Position auf dem Balkan zu verbessern. Außerdem stößt Mussolini jetzt auf die albanische Seite der Adria vor und hat damit einen scharfen Konflikt mit Jugoslawien heraufbeschworen, das durch diesen

Aussprechen — was ist!

Zur neuesten „Aktion“ der K.P.D.

„Innerparteilich“ steht der Hauptfriede jetzt nicht rechts, sondern links. Gewerkschaften sind nicht schuldig, sondern die Bourgeoisie oder die Reichsregierung, sondern die Schicksalsschere ist in unserer eigenen Rollen.“

Rosenberg auf dem Parteitag der K.P.D.

Als Antwort auf die Faschistenprovokation am Tage vorher hat die K.P.D. GegenDemonstrationen veranstaltet, bei denen es kam, wie wir schon in voriger Nummer der „K.A.Z.“ vorausgesagt. Die Polizei schloß und schlug auf die Demonstranten ein, und jagte sie auseinander. Da die K.P.D. Schnepfproklamationen zum Anlaß einer großartigen Kampagne nimmt, ist es notwendig, gleich von vornherein das von ihr zur Schau getragene Kraftmetier unter die kritische Lupe zu nehmen.

Wenn ein Rosenberg auf dem Parteitag der K.P.D. den obigen Satz aussprechen kann, ohne mit Schimpf und Schande aus der Partei gefagt zu werden, auf welcher Basis soll denn dann überhaupt eine „Aktion“ auf welcher Basis. Die Gewerkschaften und die SPD. werden ihre Genossen von der Polizei nicht im Stich lassen, sondern sie stehen auf dem Boden der kapitalistischen Demokratie. Die K.P.D. steht auf dem Boden der Gewerkschaften und der Einheitsfront mit der SPD. Auf dieser Linie führt sie ihren wirklichen „Kampf“.

Die K.P.D. kann vor lauter Sorge über das Wohlergehen der prügelnden Polizei nicht schlafen. Es sei nur von diesen unzähligen Sorgen ein einziger Aussatz wiederzugeben: „Aufklärung und nochmals Aufklärung über den schändlichen Inhalt des Entwurfs im ganzen Lande ist die erste Voraussetzung zur Führung eines entschiedenen Abwehrkampfes gegen dieses Gesetz. Die Drohungen des Ministeriums gegen die Verbandsleitung des Schradner-Verbandes, die einen flagranten Verstoß der Koalitionsfreiheit darstellen, zeigen, daß das Ministerium entschlossen ist, mit allen Mitteln seine Absichten durchzuführen. Ebenso entschlossen müssen die Polizeikommissionen in geschlossener Front bereit sein, alle gewerkschaftlichen Forderungen für die Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen in die Waschale zu werfen. Dieser Kampf ist ein Kampf gegen die Militarisierung und die Willkür der monarchistischen Offizierskaste, ein Kampf um die beamtenrechtliche Sicherstellung der Existenz der gesamten Polizeibeamtenschaft. Die Kommunisten werden in diesem Kampfe auf Seiten der unterdrückten Polizeibeamtenschaft stehen.“

(„Rote Fahne“ 8. März 1927.)

Wer nicht „gewerkschaftlich organisiert“ ist, ist bekanntlich nach den Ansichten der K.P.D. der „linken Phrase“ verdächtig, und eine „größere Gefahr“ wie die Bourgeoisie und das Reichsgericht.“ Der Gewerkschaftler muß sich von der gewerkschaftlich organisierten Polizei nach Strich und Faden verdeden lassen, und die K.P.D. wird außerdem dafür sorgen, daß die „Brüder im Waffentrock“ für ihre schwere Arbeit gut gefüttert und bezahlt werden. Diese Linie führte zu dem Verrat von Hamburg. Diese Linie führte zu dem Oktoberverbrechen. Das Kraftmetier ist nur ein Mittel, um diese Linie zu verwischen.

Von der Revolution zur Konterrevolution

(Rußland bewaffnet die Reichswehr.)

Hochaktuelle Broschüre, 32 Seiten stark, soeben erschienen. — Preis 15 Pf.

Wichtiges Dokumentenmaterial!

Notwendig für jeden revolutionären Arbeiter.

Zu beziehen durch die Funktionäre der K.A.P. und A.A.U. sowie durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

Der Konflikt im alten balkanischen Wetterwinkel signalisiert die neuheraufziehende Kriegsgefahr, die ihre Ursache in den ständig schärfer hervortretenden imperialistischen Gegensätzen zwischen England und Frankreich hat. Der europäische Frieden sitzt auf einem Pulverfaß, die Konturen eines neuen Weltkrieges sind schon deutlich zu erkennen. Die militärische Auseinandersetzung ist unvermeidlich, weil die imperialistischen Mächte wieder auf dieselben unfindbaren Probleme stoßen, die 1914 zum Massenmorden führten. Der Genfer Völkerbund ist vollkommen unfähig, den glühenden Funken des heranziehenden neuen Brandes zu löschen. Der Völkerbund kann nicht von sich eingreifen. Er ist keine automatisch wirkende Feuerlöschmaschine, die bei einem bestimmten politischen Hitzegrad von selbst in Funktion tritt. („Vorwärts“ vom 22. März). Den neuen Weltkrieg kann nur das europäische Proletariat am Ausbruch verhindern, indem es all seine Klassenkräfte einsetzt für den Sturz des Imperialismus durch revolutionäre Massenaktionen gegen die eigene Bourgeoisie, d. h. durch die Zerstörung der kapitalistischen Gesellschaft mit dem eisernen Hammer der kommunistischen Revolution.